

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 02 040      Internationale Angelegenheiten</b>  <b>Titel 633 00        Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von                    0 Euro  um                    209.000 Euro  auf                    209.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Landesregierung begründet die Notwendigkeit dieser Erhöhung in ihrem Erläuterungsband zum Haushaltsentwurf 2024 auf S. 67 selbst: „Die Rolle der Kommunen nimmt im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wie auch mit Blick auf die Agenda 2030 einen hohen Stellenwert ein. Die Kompetenz der Kommunen auf diesem Gebiet ist inzwischen breit anerkannt. Gerade auf der lokalen Ebene fallen viele Entscheidungen, von denen abhängt, ob die Agenda 2030 der Vereinten Nationen umgesetzt wird.“</p> <p>Die SPD-Fraktion im Landtag NRW teilt diese Aussage ausdrücklich. Menschen vor Ort erhalten einen praktischen Hebel, um selbst aktiv zu werden bei der Arbeit an und dem Finden von Lösungen für die großen globalen Herausforderungen. Diese lokale Selbstwirksamkeit kann durch das Engagement des Landes gestärkt werden, kommunale Partnerschaften in Schlüsselbereichen können unterstützt und durch ausgewählte regionale Partnerschaften strategisch begleitet werden.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		<p>Kommunen, die mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gemeinsam gute Projekte umsetzen, sollen nun nicht mehr unterstützt werden. Es ist unverständlich, weshalb so wichtige und zudem gewachsene Strukturen mit hohem Output für wenig Geld restlos gestrichen werden. Der bisherige Ansatz soll mindestens erhalten bleiben.</p>	
--	--	--	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 02 040      Internationale Angelegenheiten</b>  <b>Titel 684 10        Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     276.500 Euro  um      106.000 Euro  auf     382.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die geplanten Kürzungen stellen eine nachhaltige Schwächung der Strukturen für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit dar. Insbesondere die Netzwerkarbeit müsste nach der Aufbauarbeit der letzten Jahre mit tausenden neuen Kontakten in dieser Form wieder eingestellt werden, könnte die Wirkung der vorherigen Investitionen nicht mehr entfalten und die Engagement-Förderung würde geschwächt. Das ist das Gegenteil von nachhaltigem Wirtschaften, das ehrenamtliches Engagement und Bildungsarbeit unterstützt. Die viel beschworenen Bedarfe nach Beratung, Unterstützung, Service und Vernetzung könnten faktisch nicht mehr umgesetzt werden. Der bisherige Ansatz soll mindestens erhalten bleiben.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 02 040      Internationale Angelegenheiten</b>  <b>Titel 684 20        Promotorinnen- und Promotorenprogramm der</b>  <b>                              entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-</b>  <b>                              Westfalen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.347.500 Euro  um 180.000 Euro  auf 1.527.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das "Promotor*innen-Programm" (PP) des Eine-Welt-Netzwerks NRW leistet nachweislich unverzichtbare entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Über das Programm werden Millionen von Menschen in NRW erreicht und tausende von Eine Welt Engagierten unterstützt. Gerade bei den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen müsste dieses Programm, das Demokratie und Verständigung fördert, verdoppelt werden.</p> <p>Die Entscheidung der Landesregierung schadet diesem erfolgreichen, gesellschaftlich gut etabliertem Programm, das sich über Jahre bewährt hat. Das PP wurde bereits letztes Jahr durch die wegfallenden Landes- und(!) Bundesmittel erheblich geschwächt. Da die Mittel zu 60% vom Bund finanziert werden, fallen nicht nur die 180.000 Euro des Landes NRW weg, sondern darüber hinaus 60% an Bundesmitteln (270.000 Euro), was insgesamt einem Weniger von 450.000 Euro entspricht. Umgerechnet in PromotorInnen-Stellen bzw. Vollzeitäquivalente (VZÄ)</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		<p>bedeutet dies, dass 5,5 volle Stellen wegfallen würden bzw. 0,75 VZÄ, also weitere 7,5 PromotorInnen-Stellen. Diese Finanzierungsunsicherheit und der geringen VZÄ ihrer Stellen orientieren sich PromotorInnen häufiger um, die Fluktuation steigt und es wird immer schwieriger, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Doch für eine erfolgreiche Arbeit braucht es gerade hier einen verlässlichen und vertrauensvollen Kontaktaufbau zu den Akteur*innen in den Verwaltungen, der Wirtschaft, Stiftungen, den Sportvereinen usw.</p> <p>Die PromotorInnen müssen bereits mit Teilzeitstellen große Regionen abdecken, was zu Lasten von Quantität und Qualität ihrer Angebote geht – egal wie engagiert sie sein mögen. Konkret bedeuten die Kürzungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- weniger Zeit und Kapazitäten, um die engagierten Gruppen zu begleiten, zu beraten und zu unterstützen. Die Ehrenamtlichen brauchen dringend diese professionelle Stärkung, denn auch sie sind inzwischen Anfeindungen und Hass ausgesetzt.</li> <li>- weniger Kapazitäten für die interkulturelle Öffnung und Unterstützung der migrantischen AkteurInnen. Hier müssen drei Stellen (jeweils 0,65 VZÄ) eingespart werden – was angesichts der angespannten gesellschaftlichen Lage nicht vermittelbar ist</li> <li>- die Engagierten gerade im ländlichen Raum weniger unterstützen können.</li> <li>- weniger internationale Partnerschaften aufbauen und fördern können, z.B. mit Partnern in Israel/Palästina oder der Ukraine</li> <li>- weniger Kommunen dabei unterstützen können, politische Beschlüsse zur Agenda 2030 und den globalen Nachhaltigkeitszielen auf den Weg zu bringen.</li> <li>- weniger Zeit haben, in Gremien mitzuwirken, um Politikprozesse – auch auf Landesebene, wie etwa zur Nachhaltigkeitsstrategie – zu beraten</li> <li>- dass PromotorInnen weniger zu entwicklungspolitischem Engagement bei privaten Stiftungen/Stiftern beraten können.</li> <li>- Prozesse in wichtigen Zielgruppen nicht so vorantreiben können, wie es wünschenswert wäre.</li> <li>- weniger Projekte beantragen können.</li> </ul>	
--	--	---	--



		dramatischerweise ein wirkungsvolles Instrument zur Förderung von Weltoffenheit und Toleranz bei jungen Menschen weg, die die Landesregierung angibt in den Fokus zu nehmen. Faktisch ist das Gegenteil der Fall. Deshalb muss der Ansatz mindestens bestehen bleiben.	
--	--	--	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 02 040      Internationale Angelegenheiten</b>  <b>Titel 685 00        Zuschuss an die Nordrhein-Westfälische Akademie für Internationale Politik</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von    1.800.000 Euro  um     -841.000 Euro  auf     959.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Es ist den Steuern zahlenden Menschen in NRW kaum vermittelbar, weshalb sie eine Akademie für Internationale Politik für 1,8 Mio. Euro finanzieren sollen, damit acht Stipendien (Stand: 18. Oktober 2024) vergeben werden. Verwaltungs- und Personalaufwand für diesen geringen Output sind unverhältnismäßig, vor allem wenn man bedenkt, wie gering der Anteil dieser Kosten (z.B. 20%) bei manchen Förderprogrammen sein darf.</p> <p>Angesichts der Haushaltseinsparungen im Bereich Internationale Angelegenheiten, der einem wiederholten Kahlschlag für MultiplikatorInnen, die in die Breite der Gesellschaft für internationale Verständigung und Nachhaltigkeit wirken, zivilgesellschaftliches Eine-Welt-Engagement ausbluten lässt und über Jahrzehnte gewachsene Strukturen und Netzwerke zerstört, ist es unverantwortlich und unverhältnismäßig so hohe Geldbeträge in die Vergabebürokratie von acht Stipendien</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		zu stecken. Das bedeutet sehr viel Steuergeld in sehr wenige Menschen zu investieren. Es ist die Pflicht der Landesregierung angesichts der knappen Kassenlage hier für Verhältnismäßigkeit zu sorgen, wenn sie sich schon dafür entscheidet, einige Wenige auf Kosten von tausenden Engagierten und breiten Gesellschaftsschichten zu fördern.	
--	--	---	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 03 010      Ministerium</b>  <b>Titelgruppe 83      Schutz und Prävention für Kinder und Jugendliche</b>  <b>Titel 547 83        Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 9.886.100 Euro  um 870.800 Euro  auf 10.756.900 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen werden ausweislich der polizeilichen Kriminalstatistik erschreckenderweise sowohl immer öfter Opfer von Straftaten als auch selbst als Täterinnen und Täter auffällig. So erreichten sowohl die Anzahl der Kinder, die Opfer sexuellen Missbrauchs wurden als auch die Anzahl der Kinder- und Jugendlichen, die als Tatverdächtige erfasst wurden, im vergangenen Jahr neue traurige Höchststände. Mit Kürzungen im Projekt „Kurve-Kriegen“, das noch von der letzten SPD-geführten Landesregierung initiiert wurde, plant die Landesregierung nun ausgerechnet bei einem Programm zu kürzen, das erfolgreich zu verhindern hilft, dass bereits straffällig gewordene Jugendliche erneut straffällig werden und in eine kriminelle Karriere abgleiten. Mit Kürzungen beim Projekt „Kinderschutz-Häuser“ beabsichtigt sie zudem, Einsparungen bei einem Programm zu erzielen, das dem Schutz von Kindern dient, die schweren Formen von Gewalt und Missbrauch ausgesetzt waren. Dies ist nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>



### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 03 110      Polizei</b>  <b>Titel 525 01        Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 4.234.000 Euro  um 1.118.000 Euro  auf 5.352.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Herausforderungen für unsere Polizistinnen und Polizisten haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Eine zeitgemäße und bestmögliche Aus- und Fortbildung der Beamtinnen und Beamten ist somit sowohl für die Sicherheit in unserem Land als auch für den Eigenschutz der Beamtinnen und Beamten unerlässlich und sollte entsprechende Priorität genießen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund neuer Kriminalitätsphänomene, neuer technologischer Entwicklungen und einer insgesamt verschärften Sicherheitslage unerlässlich. Es ist daher nicht nachzuvollziehen, dass die Landesregierung – nachdem der Ansatz bereits mehrere Jahre nicht erhöht wurde – beabsichtigt, ausgerechnet an dieser Stelle Einsparungen vorzunehmen. Im Gegenteil, mit Blick auf die weiterhin hohe Anzahl der Neueinstellungen bei einer gleichzeitig ebenfalls hohen Anzahl pensionsbedingter Abgänge und dem daraus resultierenden hohen Fortbildungsbedarf ist ein Aufwuchs der Mittel geboten.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 04 210      Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b>  <b>Titel 429 10        Vergütungen der Referendarinnen und Referendare im juristischen Vorbereitungsdienst und weiterer Auszubildender in öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnissen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 58.654.600 Euro  um 21.398.000 Euro  auf 80.052.600 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks:  Erhöhung der Stellen für 2025 auf 4467.  Von den veranschlagten 4467 Stellen sind 4370 für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, 70 Stellen für die Ausbildung in der Laufbahngruppe 1.2 des Justizdienstes und 27 Stellen für die Ausbildung im Gerichtsvollzieherdienst vorgesehen.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Justiz steht vor einer großen Personalherausforderung. Neben der Zunahme der Attraktivität von Berufen für Juristinnen und Juristen in der Wirtschaft, der Abnahme von Studierendenzahlen hat die antizipierte Pensionierungswelle bereits begonnen.  Daher halten wir es für schlichtweg nicht vertretbar am Nachwuchs zu sparen. Die Argumente des Ministers, man habe die Gruppe der Referendare gewählt, weil</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		<p>diese nicht gesichert und vollständig in die Justiz nach ihrem Abschluss wechseln ist Ausdruck mangelnder Wertschätzung und am Ende eine Fehlentscheidung. Bei weniger Absolventinnen und Absolventen können auch prozentual weniger, den Weg in die Justiz gehen.</p> <p>Zudem würde eine Erneuerung der Ausbildung, die Attraktivität des Referendariats steigern. Denn hier verbringen die Referendare am meisten Zeit in Behörden der Justiz. Diese könnte hier für sich werben.</p> <p>Anstatt zu sparen und weniger Personal mit weniger Ausbildungsplätzen „zu kompensieren“, sollte schlichtweg die Justiz als Arbeitgeber an ihrer Attraktivität arbeiten.</p>	
--	--	--	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 04 210      Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b>  <b>Titel 684 10        Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.000.000 Euro  um 7.000 Euro  auf 1.007.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Diese Maßnahme halten wir schlichtweg für fatal. Die Kürzungen bei der freien Straffälligenhilfe zwingt einen Großteil der Träger ihre Arbeit niederzulegen. Damit fallen Strukturen weg, die Jahrzehnte aufgebaut wurden und in der Wissenschaft als „3. Säule der Resozialisierung“ gelten. Damit zeigt die Landesregierung, dass ihr der Sparzwang wichtiger ist als die innere Sicherheit im Land.</p> <p>Der gehobene Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten, die nunmehr alleinig für die Wiedereingliederung zuständig ist, hat sich hierzu bereits geäußert und kann den Wegbruch der freien Straffälligenhilfe nicht auffangen.</p> <p>Zwar hat die Landesregierung die Durchführung einer kurzfristigen Anhörung verhindert, allerdings ist durch interne Gespräche deutlich geworden, dass das Bedürfnis von Opfern von Straftaten über die Opferberatungsstellen größer ist denn je. Man schafft hierzu letztlich nur einen Mehraufwand der Staatsanwaltschaften, der wiederum personell nicht hinterlegt wird.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>



### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 04 210      Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b>  <b>Titel 684 11        Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von                    0 Euro  um    1.233.100 Euro  auf    1.233.100 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Diese Maßnahme halten wir schlichtweg für fatal. Die Kürzungen bei der freien Straffälligenhilfe zwingt einen Großteil der Träger ihre Arbeit niederzulegen. Damit fallen Strukturen weg, die Jahrzehnte aufgebaut wurden und in der Wissenschaft als „3. Säule der Resozialisierung“ gelten. Damit zeigt die Landesregierung, dass ihr der Sparzwang wichtiger ist als die innere Sicherheit im Land.</p> <p>Der gehobene Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten, die nunmehr alleinig für die Wiedereingliederung zuständig ist, hat sich hierzu bereits geäußert und kann den Wegbruch der freien Straffälligenhilfe nicht auffangen.</p> <p>Zwar hat die Landesregierung die Durchführung einer kurzfristigen Anhörung verhindert, allerdings ist durch interne Gespräche deutlich geworden, dass das Bedürfnis von Opfern von Straftaten über die Opferberatungsstellen größer ist denn je. Man schafft hierzu letztlich nur einen Mehraufwand der Staatsanwaltschaften, der wiederum personell nicht hinterlegt wird.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>



### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 04 210      Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b>  <b>Titel 684 20        Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von                    0 Euro  um                    936.000 Euro  auf                    936.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Diese Maßnahme halten wir schlichtweg für fatal. Die Kürzungen bei der freien Straffälligenhilfe zwingt einen Großteil der Träger ihre Arbeit niederzulegen. Damit fallen Strukturen weg, die Jahrzehnte aufgebaut wurden und in der Wissenschaft als „3. Säule der Resozialisierung“ gelten. Damit zeigt die Landesregierung, dass ihr der Sparzwang wichtiger ist als die innere Sicherheit im Land.</p> <p>Der gehobene Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten, die nunmehr alleinig für die Wiedereingliederung zuständig ist, hat sich hierzu bereits geäußert und kann den Wegbruch der freien Straffälligenhilfe nicht auffangen.</p> <p>Zwar hat die Landesregierung die Durchführung einer kurzfristigen Anhörung verhindert, allerdings ist durch interne Gespräche deutlich geworden, dass das Bedürfnis von Opfern von Straftaten über die Opferberatungsstellen größer ist denn je. Man schafft hierzu letztlich nur einen Mehraufwand der Staatsanwaltschaften, der wiederum personell nicht hinterlegt wird.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>



## Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 04 210      Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b>  <b>Titel 684 30        Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der</b>  <b>                                  Behandlung von Sexualstraftätern</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     700.000 Euro  um     216.200 Euro  auf     916.200 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Diese Maßnahme halten wir schlichtweg für fatal. Die Kürzungen bei der freien Straffälligenhilfe zwingt einen Großteil der Träger ihre Arbeit niederzulegen. Damit fallen Strukturen weg, die Jahrzehnte aufgebaut wurden und in der Wissenschaft als „3. Säule der Resozialisierung“ gelten. Damit zeigt die Landesregierung, dass ihr der Sparzwang wichtiger ist als die innere Sicherheit im Land.</p> <p>Der gehobene Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten, die nunmehr allein für die Wiedereingliederung zuständig ist, hat sich hierzu bereits geäußert und kann den Wegbruch der freien Straffälligenhilfe nicht auffangen.</p> <p>Zwar hat die Landesregierung die Durchführung einer kurzfristigen Anhörung verhindert, allerdings ist durch interne Gespräche deutlich geworden, dass das Bedürfnis von Opfern von Straftaten über die Opferberatungsstellen größer ist denn je. Man schafft hierzu letztlich nur einen Mehraufwand der Staatsanwaltschaften, der wiederum personell nicht hinterlegt wird.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>



### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042      Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b>  <b>Titel 685 12        Zuschuss an die Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC) gGmbH</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.060.900 Euro  um 31.900 Euro  auf 1.092.800 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den landesgeförderten Forschungseinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Die letztjährige Erhöhung soll nun nach dem Haushaltsentwurf zurückgenommen werden und als Einmaleffekt</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		<p>verpuffen. Allerdings brauchen die Forschungseinrichtungen Verlässlichkeit. Insofern muss die jetzt durch die Landesregierung geplante Kürzung zurückgenommen werden, damit die Arbeit der Forschungseinrichtungen der JRF langfristig gesichert werden kann und auf einem stabilen Niveau bleibt.</p>	
--	--	---	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042      Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b>  <b>Titel 686 13        Zuschuss an das Ludwig-Steinheim-Institut für</b>  <b>                             deutsch-jüdische Geschichte (STI) e. V. an der Univer-</b>  <b>                             sität Duisburg-Essen, Essen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     503.700 Euro  um       15.200 Euro  auf       518.900 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den landesgeförderten Forschungseinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Die letztjährige Erhöhung soll nun nach dem Haushaltsentwurf zurückgenommen werden und als Einmaleffekt</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		<p>verpuffen. Allerdings brauchen die Forschungseinrichtungen Verlässlichkeit. Insofern muss die jetzt durch die Landesregierung geplante Kürzung zurückgenommen werden, damit die Arbeit der Forschungseinrichtungen der JRF langfristig gesichert werden kann und auf einem stabilen Niveau bleibt.</p>	
--	--	---	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042      Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b>  <b>Titel 686 14        Zuschuss an die Gesellschaft für angewandte Mikro- und Optoelektronik mbH (AMO), Aachen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     668.400 Euro  um       20.100 Euro  auf      688.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den landesgeförderten Forschungseinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Die letztjährige Erhöhung soll nun nach dem Haushaltsentwurf zurückgenommen werden und als Einmaleffekt</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		<p>verpuffen. Allerdings brauchen die Forschungseinrichtungen Verlässlichkeit. Insofern muss die jetzt durch die Landesregierung geplante Kürzung zurückgenommen werden, damit die Arbeit der Forschungseinrichtungen der JRF langfristig gesichert werden kann und auf einem stabilen Niveau bleibt.</p>	
--	--	---	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042      Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b>  <b>Titel 686 15        Zuschuss an das Forschungsinstitut für Rationalisierung e. V., Aachen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.007.900 Euro  um 30.300 Euro  auf 1.038.200 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den landesgeförderten Forschungseinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Die letztjährige Erhöhung soll nun nach dem Haushaltsentwurf zurückgenommen werden und als Einmaleffekt</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		verpuffen. Allerdings brauchen die Forschungseinrichtungen Verlässlichkeit. Insofern muss die jetzt durch die Landesregierung geplante Kürzung zurückgenommen werden, damit die Arbeit der Forschungseinrichtungen der JRF langfristig gesichert werden kann und auf einem stabilen Niveau bleibt.	
--	--	--	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042      Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b>  <b>Titel 686 16        Zuschuss an das Institut für Umwelt und Energie, Technik und Analytik (IUTA) e. V., Duisburg</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von    1.082.200 Euro  um        32.500 Euro  auf    1.114.700 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den landesgeförderten Forschungseinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Die letztjährige Erhöhung soll nun nach dem Haushaltsentwurf zurückgenommen werden und als Einmaleffekt</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		<p>verpuffen. Allerdings brauchen die Forschungseinrichtungen Verlässlichkeit. Insofern muss die jetzt durch die Landesregierung geplante Kürzung zurückgenommen werden, damit die Arbeit der Forschungseinrichtungen der JRF langfristig gesichert werden kann und auf einem stabilen Niveau bleibt.</p>	
--	--	---	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042      Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b>  <b>Titel 686 20        Zuschuss an das Entwicklungszentrum für Schiffstechnik und Transportsysteme e. V. (DST), Duisburg</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     615.400 Euro  um      18.500 Euro  auf     633.900 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den landesgeförderten Forschungseinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Die letztjährige Erhöhung soll nun nach dem Haushaltsentwurf zurückgenommen werden und als Einmaleffekt</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		verpuffen. Allerdings brauchen die Forschungseinrichtungen Verlässlichkeit. Insofern muss die jetzt durch die Landesregierung geplante Kürzung zurückgenommen werden, damit die Arbeit der Forschungseinrichtungen der JRF langfristig gesichert werden kann und auf einem stabilen Niveau bleibt.	
--	--	--	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042</b>      <b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b>  <b>Titel 686 21</b>        <b>Zuschuss an das Forschungsinstitut für Wasser-</b>  <b>wirtschaft und Klimazukunft an der RWTH Aachen</b>  <b>(FiW) e. V.</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     530.500 Euro  um       16.000 Euro  auf      546.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den landesgeförderten Forschungseinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Die letztjährige Erhöhung soll nun nach dem Haushaltsentwurf zurückgenommen werden und als Einmaleffekt</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		<p>verpuffen. Allerdings brauchen die Forschungseinrichtungen Verlässlichkeit. Insofern muss die jetzt durch die Landesregierung geplante Kürzung zurückgenommen werden, damit die Arbeit der Forschungseinrichtungen der JRF langfristig gesichert werden kann und auf einem stabilen Niveau bleibt.</p>	
--	--	---	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042      Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b>  <b>Titel 686 22        Zuschuss an das IKT - Institut für Unterirdische Infra-  struktur gmbH</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von      530.500 Euro  um        16.000 Euro  auf        546.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den landesgeförderten Forschungseinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Die letztjährige Erhöhung soll nun nach dem Haushaltsentwurf zurückgenommen werden und als Einmaleffekt</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		<p>verpuffen. Allerdings brauchen die Forschungseinrichtungen Verlässlichkeit. Insofern muss die jetzt durch die Landesregierung geplante Kürzung zurückgenommen werden, damit die Arbeit der Forschungseinrichtungen der JRF langfristig gesichert werden kann und auf einem stabilen Niveau bleibt.</p>	
--	--	---	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042      Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b>  <b>Titel 686 23        Zuschuss an das IWW - Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gemeinnützige GmbH</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     530.500 Euro  um      16.000 Euro  auf     546.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den landesgeförderten Forschungseinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Die letztjährige Erhöhung soll nun nach dem Haushaltsentwurf zurückgenommen werden und als Einmaleffekt</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		<p>verpuffen. Allerdings brauchen die Forschungseinrichtungen Verlässlichkeit. Insofern muss die jetzt durch die Landesregierung geplante Kürzung zurückgenommen werden, damit die Arbeit der Forschungseinrichtungen der JRF langfristig gesichert werden kann und auf einem stabilen Niveau bleibt.</p>	
--	--	---	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042      Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b>  <b>Titelgruppe 61      Unterstützung zur Einwerbung von Programmmitteln</b>  <b>Titel 686 61        Zuschüsse zu den Personal- und Sachaufwendungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von    400.000 Euro  um     400.000 Euro  auf     800.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Johannes-Rau-Forschungsinstitute zeigen seit Jahren, wie erfolgreiche Drittmittelbeschaffung aussehen kann. Dieser Umstand ist für Nordrhein-Westfalen ein Gewinn und muss somit weiter gefördert werden. Mithilfe der Förderung können Personalkosten in der Antragsstellung für die Drittmittelbeschaffung teilweise mitgetragen werden. Das unterstreicht die Wirksamkeit der Förderung. Damit weitere Drittmittel eingeworben werden können, benötigen die Johannes-Rau-Forschungsinstitute 400.000 Euro zusätzlich.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 072 Landesförderung der Weiterbildung</b>  <b>Titel 686 23 Zuschlag für zertifizierte Einrichtungen der Weiterbildung (andere Träger)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.852.500 Euro  um 1.142.400 Euro  auf 3.994.900 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks:  Veranschlagt ist ein jährlicher Zuschlag in Höhe von 2 % für die nach dem WbG anerkannten und geförderten Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft. Dieser Zuschlag wird auf Grundlage des geförderten hauptamtlich bzw. hauptberuflich pädagogisch beschäftigten Personals und des Unterschiedsbetrags berechnet. Die Berechnung bezieht sich jeweils auf den bereits dynamisierten Betrag des Vorjahres.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die übliche Dynamisierung wurde von 2% auf 1 % reduziert. Das bedeutet bei gleichbleibenden Betriebs- und Personalkosten sowie zeitgleicher Erhöhung von Honoraren für Referent*innen für die Bildungshäuser, dass die Kosten für Seminare ansteigen. Das wiederum hat zur Folge, dass der Teilnehmerkreis sich verändern wird. Das Angebot der Bildungshäuser wird immer unerreichbarer für wirtschaftlich schwächere Familien.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

--	--	--	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 100      Hochschulen Allgemein</b>  <b>Titel 686 41        Zuschuss für die Landesinitiative "Zukunft durch Innovation" (zdi)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 9.942.600 Euro  um 28.700 Euro  auf 9.971.300 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Gemeinschaftsoffensive „Zukunft durch Innovation“ (zdi) ist das größte außerschulische MINT-Netzwerk Europas. Ziel ist es, junge Menschen mit Naturwissenschaften in Kontakt zu bringen und so Nachwuchstalente zu gewinnen und zu fördern. Eine wichtige Rolle nehmen dabei dezentrale und regionale Netzwerke ein. Davon gibt es in den vergangenen Jahren immer mehr – doch die Förderung des Landes hat dabei nicht proportional zugenommen. Heißt: Immer mehr zdi-Netzwerke teilen sich eine nicht angepasste Fördersumme. Mit den Fördermitteln müssen beispielsweise Personal, Veranstaltungen, die Erstellung von Material und das benötigte Material für Experimente finanziert werden. Wird die Fördersumme bei gleichzeitig steigenden Ausgaben durch mehr Netzwerkestellen gekürzt, muss gespart werden. Hierdurch drohen Personal und Veranstaltungen gestrichen zu werden.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 100      Hochschulen Allgemein</b>  <b>Titelgruppe 73      Förderung der Gleichstellung an Hochschulen</b>  <b>Titel 686 73        Ausgaben für Gleichstellung im Hochschulbereich</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     956.500 Euro  um     100.000 Euro  auf     1.056.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Gender-Report 2022 „Geschlechter(un)gerechtigkeit an nordrhein-westfälischen Hochschulen“ des Netzwerks Frauen und Geschlechterforschung NRW hat noch einmal deutlich gemacht, wie sehr die Gleichstellung an den Hochschulen gefördert werden muss: Nur 26,9 Prozent aller ordentlichen Professuren an den Hochschulen und Trägerschaft des Landes NRW werden von Frauen wahrgenommen – 73,1 Prozent von Männern. Die Dominanz des männlichen Geschlechts in der Wissenschaft wird auch bei der Besetzung von Gremien und Führungspositionen deutlich. Nur 36,1 Prozent aller Positionen sind von Frauen besetzt. Beim Hochschulrat haben Frauen mit 50,2 noch die Mehrheit – doch danach werden die Unterschiede gravierend. Männer stellen 81,7 Prozent der Dekan*innen an den NRW-Hochschulen, 66,7 Prozent aller Kanzler*innen und 77,8 Prozent aller Rektor*innen. Mit den zusätzlichen 100.000 Euro soll die weitere Professionalisierung der Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und der Universitätsklinika NRW vorangetrieben werden.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>



**Änderungsantrag der Fraktion der SPD**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 030      Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</b></p> <p><b>Titel 547 13        Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfen, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ*)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von    1.681.500 Euro um     1.304.400 Euro auf    2.985.900 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.1: Anhebung des Ansatzes 2025 von 42.500 Euro um 300.000 Euro auf 324.500 Euro.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Sicherung bestehender Strukturen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 030      Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</b></p> <p><b>Titelgruppe 69      Förderung der Familienberatung</b></p> <p><b>Titel 633 69        Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.500.000 Euro um 4.403.300 Euro auf 6.903.300 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.1: Anhebung des Ansatzes 2025 von 42.500 Euro um 300.000 Euro auf 324.500 Euro.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Sicherung bestehender Strukturen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 030      Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</b></p> <p><b>Titelgruppe 70      Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</b></p> <p><b>Titel 633 70        Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von                    0 Euro um                    97.200 Euro auf                    97.200 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70 Nr. 10: Anhebung von 2.400.000 Euro um 1.003.000 Euro auf 3.403.000 Euro</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 11 Angebote der Familienberatung für Flüchtlingsfamilien in Höhe von 972.300 Euro</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 12 Angebote der Schwangerschaftsberatung für Flüchtlinge in Höhe von 777.800 Euro.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Besonders Familien, die in schwierigen Lagen nach NRW kommen, brauchen Unterstützung, um sich integrieren zu können und willkommen zu fühlen. Bei vulnerablen Gruppen darf man nicht sparen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>



### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 030      Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</b></p> <p><b>Titel 681 00        Sonstige Leistungen an natürliche Personen für künstliche Befruchtung</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von                    0 Euro  um    5.339.500 Euro  auf    5.339.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Kinderwunsch ist für betroffene Familien ein großes Thema, ungewollte Kinderlosigkeit ist noch immer ein tabuisiertes Thema und für Betroffene nur schwer auszuhalten. Familien haben in NRW Unterstützung erhalten, diese darf man nicht gänzlich kappen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 030      Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</b></p> <p><b>Titel 684 10        Förderung von Kooperationen der Familienbildung und Familienberatung mit Familienzentren</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.000.000 Euro um 3.898.700 Euro auf 5.898.700 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 030      Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</b></p> <p><b>Titelgruppe 70      Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</b></p> <p><b>Titel 684 70        Zuschüsse an freie Träger</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 7.576.200 Euro um 7.929.700 Euro auf 15.505.900 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 030</b>      <b>Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</b></p> <p><b>Titelgruppe 75</b>      <b>Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter*, nicht-binäre und queere Menschen (LSBTIQ*)</b></p> <p><b>Titel 684 75</b>      <b>Zuschüsse an freie Träger</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.798.800 Euro um 417.000 Euro auf 3.215.800 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.2: Anhebung des Ansatzes 2025 von 2.798.800 Euro um 417.000 Euro auf 3.215.800 Euro.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 030      Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</b></p> <p><b>Titelgruppe 70      Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</b></p> <p><b>Titel 893 70        Zuschüsse für Investitionen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von                    0 Euro um                    486.200 Euro auf                    486.200 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70 Nr. 10: Anhebung von 2.400.000 Euro um 1.003.000 Euro auf 3.403.000 Euro.</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 11 Angebote der Familienberatung für Flüchtlingsfamilien in Höhe von 972.300 Euro.</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 12 Angebote der Schwangerschaftsberatung für Flüchtlinge in Höhe von 777.800 Euro.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Streichungen bei besonders vulnerabeln Gruppen sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>



### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titel 547 20        Sächliche Verwaltungsausgaben für den Bereich KiBiz</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 6.240.800 Euro  um 1.926.900 Euro  auf 8.167.700 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titel 633 19        Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Bereich Qualifizierung und Weiterentwicklung KiBiz</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 93.197.700 Euro  um 4.485.100 Euro  auf 97.682.800 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titel 633 26        Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Kita-Helfer:innen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 136.336.900 Euro  um    3.663.100 Euro  auf 140.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titelgruppe 70      Maßnahmen zur Kinder- und Jugendarmutsprävention</b>  <b>Titel 633 70        Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Ge-</b>  <b>                                 meindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 13.304.700 Euro  um 411.400 Euro  auf 13.716.100 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Sicherung der bestehenden Sturkturen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titelgruppe 80      Ausbildungsoffensive Kindertagesbetreuung</b>  <b>Titel 633 80        Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3.150.000 Euro  um 7.554.500 Euro  auf 10.704.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Reduzierungen bei der Qualifikation sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titelgruppe 61 Kinder- und Jugendförderplan</b>  <b>Titel 681 61 Ausgleich für Verdienstausfall infolge von Urlaubsgewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3.061.800 Euro  um 1.938.200 Euro  auf 5.000.000 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks zu Beilage 2 zum Einzelplan 7 - Kinder- und Jugendförderplan Position 1.14:  Anhebung des Ansatzes von 3.061.800 Euro um 1.938.200 Euro auf 5.000.000 Euro.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufrechterhaltung der Maßnahmen durch ausreichende Gewährung von Sonderurlaub.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titelgruppe 80      Ausbildungs offensive Kindertagesbetreuung</b>  <b>Titel 681 80          Zuschüsse an natürliche Personen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von                    0 Euro  um    1.814.400 Euro  auf    1.814.400 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Reduzierung der Förderung von Ausbildung und Personal in der Kita sind bei der aktuellen Lage in den Einrichtungen nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titel 684 31        Sonstige Zuschüsse im Bereich Maßnahmen für den Kinderschutz</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 4.555.000 Euro  um 525.400 Euro  auf 5.080.400 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Im Bereich Kinderschutz sind Kürzungen nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 040      Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titelgruppe 61      Kinder- und Jugendförderplan</b>  <b>Titel 684 61          Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe</b></p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.7:  Anhebung des Ansatzes 2025 von 1.120.790 Euro um 126.550 Euro auf  1.247.340 Euro.</p> <p><b>Begründung:</b>  Sicherung bestehender Strukturen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 060</b>  <b>Titelgruppe 61</b>  <b>Titel 684 61</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Gleichstellung von Frauen und Männern  Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen  Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 31.282.100 Euro  um 2.199.100 Euro  auf 33.481.200 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Vorbereitung auf das zu erwartende Gewaltschutzgesetz, dass dann ohnehin Verpflichtungen mit sich bringt; notwendige, fortschreitende Erfüllung der Verpflichtungen der Istanbul-Konvention; Sicherung der Frauenhilfeinfrastruktur und von Einzelprojekten im Bereich „Gewalt gegen Frauen“, der Prävention und der anonymen Spurensicherung. Es ist nicht zu akzeptieren, dass in diesem sensiblen Bereich zum zweiten Mal in Folge gekürzt wird, deshalb weisen wir auch die Kürzung aus 2024 (300.000€) erneut auf.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 080      Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</b></p> <p><b>Titel 633 67        Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 95.446.200 Euro um 22.764.300 Euro auf 118.210.500 Euro</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks: Untertitel 6 "Förderprogramm "Zuwanderung aus Südosteuropa", Zuweisungen an Gemeinden, die überdurchschnittlich viel Zuwanderung aus Südosteuropa erfahren" in Höhe von 5.500.000 Euro. Untertitel 7 "Komm-AN Programmteil II - Bedarfsorientierte Maßnahmen vor Ort" in Höhe von 7.050.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Wir beantragen einen neuen Untertitel 6 "Förderprogramm "Zuwanderung aus Südosteuropa" und den Erhalt der Zuwendungen. Kommunen mit einer hohen Zuwanderung aus Südosteuropa sind besonderen Herausforderungen ausgesetzt, für die sie die Mittel bisher eingesetzt haben. Dabei handelt es sich teilweise um niedrigschwellige, aufsuchende Arbeit, die nicht in das Kommunale Integrationsmanagement übertragbar sind. Ohne die Mittel werden Integrationsmaßnahmen für die Gruppe deutlich erschwert und potenzielle Folgen für die Zugewander-</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

		<p>ten und die Kommunen in Kauf genommen. Um dies zu verhindern und die positiven Effekte weiter zu stärken, muss das Förderprogramm weitergeführt werden.</p> <p>Wir beantragen einen neuen Untertitel 7 "KOMM-AN NRW Programmteil II („Bedarfsorientierte Maßnahmen vor Ort“) und den Erhalt der Mittel für diesen Programmbaustein. Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler sind eine bedeutende Säule der Integrationsarbeit in NRW. Sie leisten eine wichtige Arbeit bei der Begleitung, Beratung, sozialen und bürokratischen Unterstützung und als Wegbegleiter für Geflüchtete. Ohne die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in NRW würde die Integrationsarbeit in den Kommunen nur halb so gut gelingen. Maßnahmen zur Qualifizierung von ehrenamtlich tätigen Personen und der Begleitung ihrer Arbeit müssen weiterhin aufrecht erhalten werden.</p>	
--	--	--	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 080      Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</b></p> <p><b>Titelgruppe 67      Leistungen für die integrationspolitische Infrastruktur nach dem Teilhabe- und Integrationsgesetz</b></p> <p><b>Titel 686 67          Zuschüsse an Sonstige</b></p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks: Untertitel 4 "Interkulturelle Zentren und niedrigschwellige Integrationsvorhaben" in Höhe von 929.000 Euro.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Mittel dienen dem Erhalt der Angebote aufgrund steigender Zahlen Neuzugewanderter sowie seit Jahrzehnten hier lebender Menschen, um u.a. auch strukturelle Herausforderungen begegnen zu können. Wir fordern außerdem den Untertitel 3 des Vorjahres wieder einzufügen, so dass die Mittel für die interkulturellen Zentren im Haushalt ersichtlich bleiben.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 080      Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</b></p> <p><b>Titelgruppe 68      Förderung der Integration Eingewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt</b></p> <p><b>Titel 686 68        Zuschüsse an Sonstige</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.831.000 Euro um 1.170.800 Euro auf 4.001.800 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07 Position 11: Aufrechterhaltung des Programms "Mehr als Queer" in Höhe von 120.000 Euro.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Wir fordern den Erhalt der Mittel. Die Mittel sind u.a. vorgesehen für Projektförderungen in folgenden Bereichen: soziale Eingliederung von Eingewanderten, Maßnahmen gegen Rassismus, Maßnahmen zum Thema Antidiskriminierung, Maßnahmen im Bereich der Islamismus-Prävention, zur Förderung der Mehrsprachigkeit, zur Qualifizierung sowie für die Förderung der sozialen Beratungsarbeit für Sinti und Roma in NRW.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 090      Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b>  <b>Titel 684 41        Soziale Beratung von Geflüchteten</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 18.900.000 Euro  um 18.900.000 Euro  auf 35.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Titel 684 41 Soziale Beratung von Flüchtlingen unterteilt sich in verschiedene Förderbereiche. Diese reichen von der Verfahrensberatung innerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes bis hin zu regionalen Beratungsstellen und psychosozialen Zentren außerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes. Der Erhalt der Mittel für diese Bereiche ist aufgrund des Beratungsbedarfs in den Förderbereichen unerlässlich. Geflüchtete benötigen eine umfängliche Verfahrensberatung und vor allem psychosoziale Beratung. Das Zusammenlegen unterschiedlicher Förderprogramme, hier mit der regionalen Beratung, ist nicht zielführend. Zusätzlich drängen wir auf die rechtzeitige Fertigstellung der Förderrichtlinien, um den Trägern Planungssicherheit zu gewährleisten und eine rechtzeitige Antragstellung zu ermöglichen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 090</b>      <b>Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b></p> <p><b>Titel 685 40</b>        <b>Zuschüsse für Rückkehrprojekte einschließlich vorbereitender Maßnahmen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 6.139.000 Euro um 2.211.900 Euro auf 8.350.900 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Vor dem Hintergrund des Sicherheitspaketes der Landesregierung und verstärkter Bemühungen Straftäter abzuschieben, darf dieser Titel nicht gekürzt werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 08 400      Wohnen</b>  <b>Titel xx xx          Beratungs- und Verbindungsplattform: Wohnformen für vulnerable Gruppen</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Baransatzes</p> <p>von                    0 Euro  um                    100.000 Euro  auf                    100.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Versorgung mit adäquatem Wohnraum stellt für die vulnerablen Gruppen am Wohnungsmarkt, angesichts der ohnehin in weiten Teilen des Landes angespannten Wohnungsmärkte, eine unüberwindbare Hürde dar. Während insbesondere Familien und andere Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung sowie besondere Bedarfsgruppen, wie Studierende und Auszubildende und besonders schutzbedürftige vulnerable Personengruppen, die ihren Wohnraum durch häusliche Gewalt verlieren als Zielgruppen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus des Landes explizit ausgewiesen sind (s. § 2 WFNG NRW), fehlt es an der Umsetzung konkreter Wohnungsbauprojekte. Vor diesem Hintergrund müssen die Fördermöglichkeiten allen relevanten Akteuren, von den Sozialverbänden bis zur Wohnungswirtschaft und den Kommunen nähergebracht werden. Hierzu soll eine digitale Informations- und Beratungsplattform aufgebaut werden, die Zielgruppen fokussiert potenziellen Akteuren den Zugang zu den Angeboten der öffentlichen</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

		Wohnraumförderung des Landes erleichtert.	
--	--	---	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 10 030 Naturschutz und Landschaftspflege</b>  <b>Titelgruppe 82 Naturschutz und Landschaftspflege, Kooperationsprojekte</b>  <b>Titel 684 82 Zuschüsse für laufende Zwecke (an soziale oder ähnliche Einrichtungen)</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 2.219.000 Euro  um -2.219.000 Euro  auf 0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bereits seit Beginn der Legislaturperiode im Jahr 2022 verspricht Minister Krischer, ein Förderprogramm „Umweltcheck“ einzuführen. Auch während der Haushaltsberatungen in diesem Jahr wurden noch keine Förderrichtlinien veröffentlicht, obwohl Haushaltsmittel bereitgestellt werden sollen. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung soll daher das geplante Budget für die Umweltchecks in Höhe von zwei Millionen Euro gestrichen werden. Die aktuelle Haushaltslage erlaubt es nicht, Mittel für unzureichend vorbereitete Zusatz-Vorhaben bereitzustellen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 10 150      Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßenbau NRW)</b>  <b>Titel 777 11        Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 231.000.000 Euro  um 19.000.000 Euro  auf 250.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Instandhaltung des Landesstraßennetzes ist zur Aufrechterhaltung der Mobilität unverzichtbar. Der Haushaltsansatz muss erhöht werden, allein um die allgemeinen Kostensteigerungen abfangen zu können, aber auch mit Blick auf den erhöhten Sanierungsbedarf der zugehörigen Brückenbauwerke.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 10 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßenbau NRW)</b></p> <p><b>Titel 777 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 30.000.000 Euro um 16.400.000 Euro auf 46.400.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Eine Intensivierung der Baumaßnahmen im Rahmen des Landesstraßenausbauplans ist unverzichtbar für die Aufrechterhaltung und Ertüchtigung der Mobilität in NRW. Eine Kürzung ist daher nicht zweckmäßig und gerade angesichts der steigenden Kosten im Baugewerbe falsch.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b>  <b>Titel 547 16        Sächliche Verwaltungsausgaben Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     849.100 Euro  um     1.393.700 Euro  auf     2.242.800 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das Gesundheitswesen in NRW steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Kürzungen, die den Bereich strukturell schwächen, sind abzulehnen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 029      Arbeit, Berufsbildung, Berufsanerkennung und Fachkräfteoffensive</b></p> <p><b>Titel 686 20        Zuschuss an die Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen - e.V., Dortmund (TBS)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von    1.000.000 Euro um     756.000 Euro auf    1.756.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die TBS unterstützt gezielt in zentralen Fragen der betrieblichen Mitbestimmung, insbesondere bei der Einführung neuer Technologien, im Arbeitsschutz und bei wirtschaftlichen Umbrüchen. Gerade diese Themen werden zukünftig eine noch wichtigere Rolle spielen. Dabei muss der Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin hohe Priorität haben. Wenn zukünftig in NRW weiter gute Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, dann kann das nur mit guten Arbeitsbedingungen funktionieren. Die Kürzungen gefährden die Arbeit der TBS jedoch massiv. Vor diesem Hintergrund darf an dieser Stelle nicht am Arbeitnehmerschutz gespart werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 029      Arbeit, Berufsbildung, Berufsanerkennung und Fachkräfteoffensive</b></p> <p><b>Titelgruppe 75      Förderung der Berufseinstiegsbegleitung</b></p> <p><b>Titel 686 75        Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 8.674.000 Euro um 7.626.000 Euro auf 16.300.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein wichtiges Förderinstrument zur Unterstützung junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Angesichts der großen Anzahl von jungen Menschen im Übergangssystem kommt Maßnahmen wie der Berufseinstiegsbegleitung eine besondere Bedeutung zu. Wir dürfen die jungen Menschen mit Unterstützungsbedarf nicht allein lassen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit, Berufsbildung, Berufsanerkennung und Fachkräfteoffensive</b></p> <p><b>Titelgruppe 80 Berufsorientierung – Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)</b></p> <p><b>Titel 686 80 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 5.592.000 Euro um 8.408.000 Euro auf 14.000.000 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks: Streichung "Es ist beabsichtigt, ein an die bisherigen Maßnahmen anschließendes Angebot im Rahmen des ESF Programms 2021 - 2027 aufzulegen."</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Junge Menschen ohne Anschlussperspektive zu adressieren und ihnen den Übergang ins Erwerbsleben zu ermöglichen, ist Kernelement von KAoA. Das Programms ist ein etabliertes und gut angenommenes Programm. Die Streichung der Mittel und Verschiebung in den ESF gefährdet das Ziel junge Menschen ohne Anschlussperspektive zu qualifizieren.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 042      Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit</b></p> <p><b>Titelgruppe 95      Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und für sozialen Zusammenhalt</b></p> <p><b>Titel 633 95        Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von    800.000 Euro um    360.600 Euro auf    1.160.600 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Landesregierung hat angekündigt, nicht bei den Ärmsten der Armen zu sparen. Dem stehen die Kürzungen für Maßnahmen der Armutsbekämpfung und für den sozialen Zusammenhalt entgegen. Damit Armut gar nicht erst entsteht, müssen wirksame Maßnahmen getroffen werden. Das hat in der Vergangenheit bereits nicht ausgereicht. Wenn jetzt zusätzliche Maßnahmen gekürzt werden, werden noch mehr Menschen von Armut betroffen sein. Dies wird am Ende für alle teurer werden, als jetzt bei den Maßnahmen zu sparen. Die Kürzungen müssen deshalb zurückgenommen werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 042      Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit</b></p> <p><b>Titel 684 11        Zuschüsse des Landes an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengesetzten Organisationen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 4.000.000 Euro um 2.100.000 Euro auf 6.100.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Freie Wohlfahrtspflege ist elementarer Bestandteil für den sozialen Zusammenhalt in NRW. Sie leisten wertvolle Arbeit in Bereichen wie der Familienberatung, Berufseinstiegsbegleitung oder bei Projekten für Menschen mit Behinderung. Die geplanten Kürzungen des Landeshaushalt 2025 werden zum dauerhaften Wegfall dieser Strukturen führen. Damit würden viele Menschen allein gelassen werden. Diese Entwicklung darf nicht Ziel des Landes NRW werden. Die Kürzungen sind deshalb dringend zurückzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit</b></p> <p><b>Titelgruppe 90 Maßnahmen Gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit, Landesinitiative "Endlich ein ZUHAUSE!"</b></p> <p><b>Titel 686 90 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 5.600.000 Euro um 60.000 Euro auf 5.660.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Angesichts der Planungen die Landesinitiative auf 53 Gebietskörperschaften auszuweiten und der Aussage der Landesregierung nicht bei den Schwächsten der Gesellschaft kürzen zu wollen, ist die Kürzung der Mittel kontraproduktiv und zurückzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit</b></p> <p><b>Titelgruppe 95 Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und für sozialen Zusammenhalt</b></p> <p><b>Titel 686 95 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.290.300 Euro um 2.229.700 Euro auf 3.520.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Landesregierung hat angekündigt, nicht bei den Ärmsten der Armen zu sparen. Dem stehen die Kürzungen für Maßnahmen der Armutsbekämpfung und für den sozialen Zusammenhalt entgegen. Damit Armut gar nicht erst entsteht, müssen wirksame Maßnahmen getroffen werden. Das hat in der Vergangenheit bereits nicht ausgereicht. Wenn jetzt zusätzliche Maßnahmen gekürzt werden, werden noch mehr Menschen von Armut betroffen sein. Dies wird am Ende für alle teurer werden, als jetzt bei den Maßnahmen zu sparen. Die Kürzungen müssen deshalb zurückgenommen werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 050      Inklusion</b>  <b>Titel 686 10        Maßnahmen nach dem Inklusionsstärkungsgesetz</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     850.000 Euro  um      650.000 Euro  auf     1.500.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Agentur Barrierefrei ist eine zentrale Beratungsstelle rund um das Thema Barrierefreiheit und stellt unter anderem Informationen zu konkreten Umsetzungsbeispielen, Arbeitshilfen sowie rechtlichen Hintergründen zusammen. Die Kürzung trifft die Agentur Barrierefrei drastisch und gefährdet die Inklusion in NRW. Die Kürzung ist deshalb zurückzunehmen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 050</b>      <b>Inklusion</b>  <b>Titelgruppe 80</b>      <b>Gesellschaftliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Inklusionsoffensive und Landesinitiative Gewaltschutz</b></p> <p><b>Titel 686 80</b>      <b>Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3.464.000 Euro  um 467.000 Euro  auf 3.931.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Nach der UN-Behindertenrechtskonvention müssen die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen gefördert, geschützt und gewährleistet werden. Alle Menschen müssen die gleichen Rechte und das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. In NRW ist es noch ein weiter Weg bis zur uneingeschränkten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Gerade deshalb darf nicht bei den Maßnahmen zur gesellschaftlichen Inklusion für Menschen mit Behinderung gespart werden.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 050      Inklusion</b>  <b>Titelgruppe 86      Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen</b></p> <p><b>Titel 893 86          Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.500.000 Euro  um 2.151.000 Euro  auf 3.651.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Arbeits- und Fachkräftemangel breitet sich in NRW weiter aus. Unternehmen finden keine Beschäftigten mehr und können bestimmte Leistungen aufgrund des Mangels an Personal nicht mehr anbieten. Viele Menschen mit Behinderung können den Arbeitsmarkt qualitativ hochwertig unterstützen. Gerade deshalb muss die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt intensiviert und nicht geschwächt werden. Kürzungen sind deshalb abzulehnen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>



### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 080      Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>  <b>Titelgruppe 71      Maßnahmen zur Eindämmung von Suchterkrankungen und ihren Folgen</b></p> <p><b>Titel 684 71        Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3.430.200 Euro  um 2.013.700 Euro  auf 5.443.900 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>In NRW benötigen Menschen mit Suchterkrankungen Unterstützung, wenn sie sich nicht mehr selbst helfen können. Nicht selten leiden die Familien der betroffenen unter der Erkrankung eines Familienmitglieds mit. Die Folgen sind demnach vielfältig und wirken sich nicht nur auf das Individuum, sondern auf mehr Menschen negativ aus. In NRW leisten viele Projekte, Vereine oder Organisationen einen wertvollen Beitrag, um Menschen aus der Sucht zu helfen, gar nicht erst süchtig zu werden oder gesundheitliche Folgen abzuschwächen. Diese Arbeit darf nicht durch die Landesregierung zusammengestrichen werden.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>



### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 080      Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>  <b>Titel 684 83        Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.500.000 Euro  um 1.500.000 Euro  auf 3.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Mittel für die Psychiatrische Versorgung beinhalten die Überarbeitung des Landespsychiatrieplans und die Schaffung von Verbunds-Strukturen. Bereits jetzt liegt die Landesregierung hinter ihren gesetzten Zielen zurück. So müssen bspw. viele Menschen mehrere Monate Wartezeit in Kauf nehmen, um einen Therapieplatz zu bekommen. Das ist nur eines von vielen Problemen. Wenn jetzt zusätzlich gekürzt wird, wird eine positive Entwicklung bei der psychiatrischen Versorgung der Menschen in NRW definitiv ausbleiben.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>



### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 080      Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>  <b>Titelgruppe 64      Maßnahmen zur Eindämmung von HIV und anderen</b>  <b>sexuell übertragbaren Infektionen</b></p> <p><b>Titel 686 64      Zielgruppenspezifische HIV-Prävention, Beratung, Be-</b>  <b>treuung und Pflege</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von    1.076.900 Euro  um      755.100 Euro  auf    1.832.000 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks der Beilage 3 zu EP 07 3.1:  Erhöhung des Ansatzes von 352.300 Euro um 189.700 Euro auf 542.000 Euro.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Aidshilfen in NRW und viele weitere Projekte wie YOUTHWORK NRW leiten in NRW einen unverzichtbaren Einsatz u.a. zur HIV-Prävention, Jungenarbeit und Beratung. Durch die massiven Kürzungen in diesem Bereich steht der Bestand der Aidshilfen, Beratungsstellen und Projekte auf dem Spiel. Viele werden ihren Betrieb bei den geplanten Kürzungen der Landesregierung nicht fortführen können.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 080      Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>  <b>Titelgruppe 81      Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Stärkung des Gesundheitswesens</b></p> <p><b>Titel 686 81        Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     500.000 Euro  um     200.000 Euro  auf     700.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Unter den Maßnahmen der Gesundheitsförderung und zur Stärkung des Gesundheitswesens fallen neben der Selbsthilfe u.a. die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Kinderschutz und Maßnahmen des Infektionsschutzes. Dazu gehören umfassende Beratungsangebote, Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention, sowie Unterstützungsleistungen. Diese sind durch die Kürzungen gefährdet. Ziel muss es sein, dass Menschen in NRW gar nicht erst krank werden, sich im Krankheitsfall selbst helfen können und die notwendige Unterstützung dafür erhalten. Fallen Strukturen durch Kürzungen weg, wird die Gesundheit der Menschen gefährdet. Das muss verhindert werden. Am Ende kosten mehr erkrankte Menschen mehr, als jetzt gespart wird.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 090</b>      <b>Pflege und Alter, Förderung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe</b></p> <p><b>Titelgruppe 92</b>      <b>Pflegekammer, Stärkung der Ausbildungen in den Pflege- und Gesundheitsfachberufen</b></p> <p><b>Titel 173 92</b>      <b>Tilgung</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 19.500.000 Euro um 1.000.000 Euro auf 20.500.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>In NRW benötigt es auskömmliche Investitionen für Baumaßnahmen in Pflegeeinrichtungen. Egal ob Pflegeheim, Krankenhaus oder Pflegeschule. Alle Einrichtungen müssen auf den neuesten Stand gebracht werden. Kürzungen stehen dem im Weg.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 090</b>      <b>Pflege und Alter, Förderung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe</b></p> <p><b>Titelgruppe 90</b>      <b>Landesförderung Alter und Pflege</b></p> <p><b>Titel 686 90</b>         <b>Zuschüsse an Sonstige</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 6.070.000 Euro um 6.903.500 Euro auf 12.973.500 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 3.2: Anhebung des Ansatzes 2025 von 0 Euro um 120.000 Euro auf 120.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>In den kommenden Jahren werden immer mehr Menschen pflegebedürftig werden. Schon jetzt ist die pflegerische Versorgung in NRW am Limit. Das Pflegepersonal ist an der Belastungsgrenze und viel zu oft müssen pflegende Angehörige ihre Familienmitglieder pflegen und werden durch die hohe Belastung selbst krank. Dass nun bei der Landesförderung Alter und Pflege gespart werden soll und zukünftig weniger in Unterstützung für die Menschen und Beratungsangebote investiert wird, kann zu einer weiteren enormen Belastung der Menschen in NRW führen. Dieses Ziel kann so nicht weiter von der Landesregierung verfolgt werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 090      Pflege und Alter, Förderung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe</b></p> <p><b>Titelgruppe 93      Förderung von Investitionen an Pflegeschulen</b></p> <p><b>Titel 893 93          Zuweisungen für Investitionen an Sonstige im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.200.000 Euro um 4.800.000 Euro auf 7.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Pflegeschulen spielen bei der pflegerischen Ausbildung der zukünftigen Pflegefachkräfte eine zentrale Rolle. Um die Pflegeausbildung attraktiv zu gestalten, müssen die Pflegeschulen auf den neuesten Stand gebracht werden. Nur so können sie ein attraktives Lernumfeld schaffen. Bereits in den vergangenen Jahren haben sich Träger darüber beschwert, dass die Investitionen zu niedrig sind. Deshalb darf an dieser Stelle nicht weiter gekürzt werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b>  <b>Titel 514 00        Verbrauchsmittel</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von     107.500 Euro  um     -103.500 Euro  auf      4.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b>  <b>Titel 517 11        Zur Verstärkung der Ansätze bei Titeln der Gruppe 517</b>  <b>                                 im Kapitel</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von     715.000 Euro  um     -715.000 Euro  auf             0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b>  <b>Titel 526 01        Sachverständige</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 3.051.800 Euro  um -1.051.800 Euro  auf 2.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 14 300</b>      <b>Klimaschutz und Energiewende</b>  <b>Titelgruppe 69</b>      <b>Innovation für das klimaneutrale Energie- und</b>  <b>Wirtschaftssystem der Zukunft</b></p> <p><b>Titel 686 69</b>      <b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke Inland</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 69.883.700 Euro  um -19.883.700 Euro  auf 50.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 14 730</b>      <b>Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titelgruppe 71</b>      <b>Förderung von Gründungen und mittelständischen Unternehmen</b></p> <p><b>Titel 683 71</b>        <b>Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 5.105.600 Euro um 10.000.000 Euro auf 15.105.600 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Landesregierung streicht mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf die Unterstützung des wirtschaftlichen Mittelstands rigoros zusammen. Die Förderung von Gründungen und mittelständischen Unternehmen wird von 9,7 auf 5,1 Millionen Euro zurückgeführt. Die Zahl der Gründungsstipendien wird damit massiv einbrechen, die Förderbedingungen werden verschärft. Startup-Förderung und Exzellenzcluster an den Hochschulen und Universitäten werden finanziell darüber hinaus ebenfalls weniger gefördert (der Ansatz wird von 31,5 auf 22 Millionen Euro reduziert). Die Förderung der Kreativwirtschaft wird ebenfalls von 900.000 Euro auf nur noch 185.000 Euro eingekürzt. Schließlich wird die Förderung der Freien Berufe und des Mittelstands von zuletzt 375.000 Euro ersatzlos gestrichen. Damit verdeutlicht die Landesregierung, dass der Einzelplan 14 des Ministeriums für</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

		<p>Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie trotz mehr Haushaltsmitteln als im Vorjahr den Fokus ausschließlich auf die Bereiche Energiewende und Klimaschutz legt. Dieses Zeichen in einer Lage der wirtschaftlichen Stagnation und der drohenden Deindustrialisierung im Land ist fatal. Daher beantragt die SPD-Fraktion, den Ansatz zur Mittelstands- und Gründungsförderung nicht beinahe zu halbieren, sondern um 10 Millionen Euro aufzustocken, um die mittelständische Wirtschaft im Land stärker zu unterstützen.</p>	
--	--	---	--

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 15 030      Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft und Landschaftspflege</b>  <b>Titelgruppe 65      Überbetriebliche Maßnahmen</b>  <b>Titel 537 65        Versuche und Untersuchungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     235.000 Euro  um      150.000 Euro  auf     385.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Großmarktinfrastuktur in Nordrhein-Westfalen steht unter enormem Druck. Brechen Standorte weg, bedeutet das massive Einschränkungen bei Vertriebswegen und Wettbewerb. Die Erhöhung der Mittel beim vorliegenden Haushaltstitel soll einer Studie zukommen, die Vertriebswege landwirtschaftlicher Erzeugnisse in NRW untersucht und hier insbesondere die Stärken und Schwächen der Großmärkte in Nordrhein-Westfalen benennt. Auf Basis dieser Studie ist eine Strategie zu entwickeln, mit der die Resilienz der Lebensmittelversorgung im Krisenfall gestärkt wird und die Rolle der Großmärkte definiert wird. Hier hat das Land aufgrund der überregionalen Bedeutung der Großmärkte eine Führungsverantwortung, die Kommunen mit der Entwicklung der Vertriebswege für Lebensmittel nicht allein zu lassen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 15 030      Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft und Landschaftspflege</b>  <b>Titel 686 63        Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von     232.000 Euro  um      45.000 Euro  auf     277.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Wertschätzung für die vielen Kleingärtner in Nordrhein-Westfalen fängt bei der angemessenen Unterstützung ihrer Dachverbände an. Der Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner e.V. und den Landesverband Rheinland der Gartenfreunde e.V. sorgen mit Schulungen und Maßnahmen im Rahmen der Integration, der Jugendarbeit und der Quartiersentwicklung für Strukturen, die die Basis eines vitalen Kleingartenwesens in Nordrhein-Westfalen sind. Daher ist hier eine verlässliche und mit Blick auf die Inflation angemessene Steigerung der Mittel notwendig.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 15 030      Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft und Landschaftspflege</b>  <b>Titelgruppe 63      Kleingartenwesen</b>  <b>Titel 893 63        Zuschüsse an Sonstige</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von                    0 Euro  um                    215.800 Euro  auf                    215.800 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Dieser Topf war zur Umsetzung von Modellprojekten, zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens als wichtigster Bestandteil des urbanen Gärtnerns, für naturnahe Gestaltung des Grünbereichs in den Städten, soziale Integration, neue Gartenformen und weitere entsprechende Bereiche vorgesehen. Entsprechende Mittel muss das Land beibehalten. Denn gerade das Kleingartenwesen erfüllt eine immer wichtigere Scharnierfunktion zur grünen Infrastruktur. Statt wegen geringer Abrufzahlen Mittel dafür aus der Planung zu nehmen, gilt es diese so zur Verfügung zu stellen, dass sie den in der Sache richtigen Anliegen auch zukommen.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 15 040 Verbraucherschutz</b>  <b>Titelgruppe 73 Landestierschutzbeauftragte</b>  <b>Titel 633 73 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 16.000 Euro  um 127.000 Euro  auf 143.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Wertschätzung für den Tierschutz in Nordrhein-Westfalen fängt bei den Möglichkeiten für Nordrhein-Westfalens oberste Tierschützerin an. Ihr Budget soll laut Haushaltsentwurf allerdings kräftig zusammengekürzt werden. Das erschwert ihre Aufgaben bei der Vernetzung, der Verbesserung der Infrastruktur, aber auch beim Engagement für den Auf- und Ausbau eines Netzwerks von Wildtierauffangstationen, die in einzelnen Kreisen trotz ihrer wichtigen Arbeit unter enormem Druck stehen. Auch bei der Aufklärungsarbeit etwa zum illegalen Welpenhandel braucht es ein passendes Budget. Daher ist die finanzielle Ausstattung im Geschäftsbereich der Landestierschutzbeauftragten beizubehalten.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 15 040 Verbraucherschutz</b>  <b>Titel 684 10 Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbraucherverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 23.690.000 Euro  um 5.268.000 Euro  auf 28.958.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen leisten beispielsweise in der alltäglichen Umsetzung der Energiewende entscheidende Arbeit. Sie befähigen Verbraucherinnen und Verbraucher, Schritt zu halten und konkret zu profitieren. Gerade in einer Zeit, in der sich viele von diesen Entwicklungen überfordert fühlen, ist niederschwellige Unterstützung wichtig. Auch Konzepte der Landesregierung nehmen immer wieder Bezug auf die Bedeutung der Energieberatung. Dennoch sieht der Haushalt massive Kürzungen bei den Zuwendungen für die Verbraucherzentralen vor, die so nicht vertretbar sind.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 15 040 Verbraucherschutz</b>  <b>Titel 892 12 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 415.000 Euro  um 585.000 Euro  auf 1.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Viele Tiere leben in den Tierheimen NRW. Sie werden dort abgegeben, ausgesetzt, sind entlaufen oder auf andere Art und Weise in Not geraten. Die Mitarbeitenden der Tierheime arbeiten dabei am Limit zum Wohl von Hund, Katze und Co. – oft in die Jahre gekommenen und baufälligen Gebäuden. Die Unterstützung für diesen wichtigen Einsatz gehört daher aufgestockt und muss anhand praxistauglicher Kriterien vergeben werden. Dabei ist auch eine Ausweitung des Förderbereichs auf die Digitalisierung der Einrichtungen notwendig.</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 119 20        Einnahmen aus der Rückübertragung nicht mehr benötigter Selbstbewirtschaftungsmittel</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.586.183.600 Euro  um 151.633.800 Euro  auf 2.737.817.400 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 517 00        Zur Verstärkung der Ansätze bei Titeln der Gruppe 517</b> <b>                                 in den Einzelplänen</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 5.000.000 Euro um -5.000.000 Euro auf 0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Gegenfinanzierung</p>	CDU SPD GRÜNE FDP AfD

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 518 10        Zur Verstärkung der Ansätze bei den Titeln 518 01 und 518 04 in den Einzelplänen</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von     500.000 Euro  um     -500.000 Euro  auf         0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>



### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020</b>      <b>Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titelgruppe 75</b>      <b>Anfinanzierung neuer Miet- und Baumaßnahmen sowie</b>  <b>Abrechnung von Planungskosten</b>  <b>Titel 526 75</b>        <b>Sachverständige</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 6.000.000 Euro  um -3.000.000 Euro  auf 3.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 529 00        Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen</b>  <b>                           Ansätze für Verfügungsmittel des Ministerpräsidenten,</b>  <b>                           der Ministerinnen und Minister</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von     100.000 Euro  um     -100.000 Euro  auf         0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 531 00        Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen</b>  <b>                                 Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 3.000.000 Euro  um -3.000.000 Euro  auf 0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020</b> <b>Titel 682 10</b></p> <p><b>Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Zuschüsse an die NRW.BANK im Zusammenhang mit der Entwicklung und administrativen Umsetzung der Maßnahmen zur Entlastung bei der Grunderwerbsteuer von Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere von jungen Familien bei der Schaffung von angemessenem Wohneigentum</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 5.300.000 Euro um -2.300.000 Euro auf 3.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Ansatz lag 2022 bei 9,6 Mio. Euro, die zur Selbstbewirtschaftung ausgewiesen waren und bis Ende 2023 bis zu einem Rest von 1,2 Mio. Euro verausgabt wurden. Das Programm wurde jedoch derweil eingestellt und die letzten Bescheide werden nun versandt. Den Titel zur Umsetzung dieser Abwicklung in dieser Höhe neu einzustellen ist in Anbetracht der Haushaltslage nicht nachvollziehbar. Die Ergebnisse aus dem Berichterstattergespräch legen einen geringeren Bedarf nahe.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>





### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 971 00        Globale Mehrausgaben</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 20.000.000 Euro  um -20.000.000 Euro  auf                    0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>

### Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 971 10        Unvorhergesehenes</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 5.000.000 Euro  um -5.000.000 Euro  auf 0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU  SPD  GRÜNE  FDP  AfD</p>